

Arbeit um jeden Preis

C.9

Thema:
Arbeit global

HINTERGRUND

Arbeit, Arbeit, Arbeit! Zwar stöhnen viele über sie und würden lieber frei machen, Feierabend haben, in den Urlaub fahren. Trotzdem scheint die Arbeit hinten und vorne nicht zu reichen. Schon gar nicht für alle.

Also müssen wir mehr Arbeit schaffen, damit alle ausreichend Arbeit haben – damit die, die bisher keine haben dann auch stöhnen können, wie hart die Arbeit ist und wie stressig der Job. Denn: ohne Arbeit kein Geld. Und ohne Geld kein Vergnügen.

Aber ist es nicht paradox? Sind nicht die meisten technischen Erfindungen – vom Rad bis zur Waschmaschine – mit dem Wunsch und dem Versprechen einher gegangen, den Mensch von der Mühseligkeit der Arbeit zu entlasten?

Aktuell wird dagegen mit Ich-AG und Jobfloatern (Hartz-Kommission) alles (wenn auch vergeblich) versucht, um mehr Arbeit zu schaffen. Obwohl eigentlich kaum jemand ernsthaft davon ausgeht, dass in naher Zukunft auch nur annähernd Vollbeschäftigung erreicht werden kann, sind fast alle politischen Maßnahmen darauf ausgerichtet, dass mehr Arbeitsplätze entstehen – zu welchen Bedingungen auch immer. Damit wird vergeblich und verhängnisvoll die Vision einer Arbeitsgesellschaft manifestiert, die längst für viele keine Realität mehr ist.

Alternativen zu dieser Politik werden zwar in vielen Zusammenhängen, von AktivistInnen der Glücklichen Arbeitslosen (siehe Literaturtipps), von Wissenschaftlern, Initiativen und in Ansätzen auch von Gewerkschaften diskutiert, vom größten Teil der Politik und der Medien jedoch vollständig ignoriert.

Eine breite Debatte um das *Ende der Arbeitsgesellschaft* ist im Gange. Doch die herrschende Politik konzentriert sich darauf, mit immer neuen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen den Anschein zu bewahren, dass unsere Arbeitsgesellschaft, wie sie sich in den letzten 200 Jahren entwickelt hat, aufrecht erhalten werden kann und soll. Dabei produziert die kapitalistische Wirtschaftsweise eine stetig wachsende Zahl an Erwerbslosen.

Arbeitslos und Spaß dabei?

Mit dem Ergebnis, dass Arbeitslosigkeit aktuell eines der größten sozialen und politischen Probleme darstellt. Und das nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Aber für wen eigentlich?

Für Erwerbslose?

Für die Erwerbslosen. Und das in mehrfacher Hinsicht:

Finanziell, weil das Arbeitslosengeld nicht den Lebensstandard ermöglicht, den die Betroffenen vorher hatten – und für viele schlichtweg kaum zum Leben reicht. Der Armutsbericht der Bundesregierung 2001 (Deutscher Bundestag 2001, S.330) weist aus, dass 230 000 Menschen, die Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bekommen, zusätzlich auf Sozialhilfe angewiesen sind. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe (Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe) bedeutet für viele Erwerbslose ein Leben am Rande des Existenzminimums.

In psychischer Hinsicht: Weil Arbeit in unserer Gesellschaft eine so enorm große Bedeutung hat. Wer man ist, definiert sich über den Job. Die meiste Zeit verbringt man im Job und die meisten Gespräche drehen sich auch um den Job. Wer Arbeit hat, der ist wer, wer keine hat, der ist nichts. Wie absurd diese Logik auch immer ist: sie funktioniert und hat unheimlich disziplinierende Wirkung. Die meisten Erwerbslosen wünschen nichts sehnlicher als möglichst schnell wieder einen Job zu bekommen.

Dazu kommt, dass die meisten Formen gesellschaftlicher Beteiligung über Erwerbsarbeit organisiert sind. Der Verlust von Erwerbsarbeit bedeutet für viele also auch einen Verlust an gesellschaftlicher Teilhabe.

Für Unternehmen?

Das Ziel von Unternehmen besteht darin, möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Da in den meisten Branchen Lohnkosten ein wichtiger Faktor der Produktionskosten sind, sind sie entsprechend an niedrigen Gehältern interessiert.

Da hohe Arbeitslosigkeit zugleich ein sinkendes Lohnniveau bedeutet, weil immer genügend Arbeitskräfte bereit stehen, die auch für einen niedrigeren Lohn arbeiten würden, profitieren Unternehmen von einer großen Zahl Erwerbsloser, auch wenn die Lohnnebenkosten vielleicht steigen sollten.

Gesamtwirtschaftlich wird es erst schwierig, wenn die KonsumentInnen aufgrund von hoher Arbeitslosigkeit zu wenig Geld haben, um die Produkte, die mit immer weniger Menschen produziert werden können, zu kaufen. Dann helfen auch die billigsten Arbeitskräfte nicht. Das Zeug bleibt in den Regalen liegen (und die Folge davon ist: Arbeitsplatzabbau).

In *betriebswirtschaftlicher* Hinsicht kann ein hohes Maß an Arbeitslosigkeit aber im Interesse der Unternehmen sein. Es eröffnet die Möglichkeit, weitreichende Einschnitte bei den Löhnen und Rechten der ArbeitnehmerInnen durchzusetzen. Voraussetzung dafür ist aber, dass Erwerbslose auch tatsächlich und unter fast allen Bedingungen Erwerbsarbeit suchen.



Für Politiker?

Seit Jahren sind die Arbeitsmarktdaten in den Schlagzeilen – kein anderes Thema schafft es so langanhaltend im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung zu stehen. Regierungen werden an ihren Erfolgen beim Abbau der Arbeitslosigkeit gemessen und die „Bekämpfung von Arbeitslosigkeit“ steht bei allen Parteien ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Die Maßnahmen der letzten 10 Jahre haben jedoch nie zu einer Senkung der Arbeitslosenquote geführt. Sie orientierten sich im wesentlichen an der Vorstellung, dass Erwerbslosigkeit die Folge eines unausgeglichener Arbeitsmarktes sei, Arbeit also *billiger angeboten* werden müsse.

Erwerbslosigkeit wird nach wie vor in erster Linie als *Konjunkturproblem* verstanden und die grundlegenden Widersprüche, die sich aktuell in der Krise der Arbeitsgesellschaft kristallisieren, finden in der tagespolitischen Auseinandersetzung keine Berücksichtigung.

Die Folge davon sind eine Vielzahl politischer Konzepte, mit denen vergeblich versucht wird, durch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Kürzungen bei Leistungen und erhöhtem Druck auf Erwerbslose oder einer verbesserten Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter die Erwerbslosenzahlen zu senken.

Versuche, die Arbeitsverhältnisse in unserer Gesellschaft nach den Bedürfnissen der Menschen zu gestalten, bleiben aus. Eine grundlegend andere Organisation von Erwerbsarbeit, die Entkopplung von Arbeit und Einkommen (z. B. durch eine bedingungslose Grundsicherung, wie sie von vielen SoziologInnen vorgeschlagen wird) wird ebenso wenig diskutiert wie eine weitreichende Arbeitszeitverkürzung.

Das Dogma Arbeit

Der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten, die Senkung von Löhnen und Gehältern, die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen (vgl. auch AP ARBEITSPAPIER – *Strangulation im Callcenter*. SEITE 392), können allerdings nur unter der Bedingung durchgesetzt werden, dass sowohl Lohnabhängige als auch Erwerbslose gezwungen sind, sich den Verhältnissen zu unterwerfen, ohne zu protestieren.

Leben um zu arbeiten

Eine wichtige Rolle spielt dabei die enorme Bedeutung von Erwerbsarbeit: Indem Arbeit in den letzten 200 Jahren in unserer Gesellschaft zum Lebenssinn Nummer eins wurde, ist ein Leben ohne für die meisten gar nicht mehr denkbar. Also besser ein mieser Job als gar keiner? Arbeit dient heute weniger der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern wird zum Selbstzweck.

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht Essen

Für viele ist dieser Satz eine Selbstverständlichkeit, wengleich die Verknüpfung von Arbeit und Essen noch nie so fragwürdig war, wie heute. Längst kann auch mit wenigen Arbeitskräften alles notwendige produziert werden und Wohlstand ist keine Frage der Arbeitskraft mehr.

Auch wenn Arbeit vielfach vollkommen unsinnig ist (Leidtragende in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Beschäftigungsgesellschaften, aber auch viele „reguläre“ ArbeitnehmerInnen können ein Lied davon singen) gilt immer noch die Fiktion: Jeder soll sich durch seine „eigene Arbeitskraft“ ernähren. Besser irgend ein Job als gar kein Job.

Die Arbeit selbst kann noch so sinnlos oder gar menschenverachtend sein (denken wir an Waffenproduktion, Atomtechnologie, die vielen Investitionsruinen in den ostdeutschen Städten) – sie ist in den Augen vieler immer noch besser als „keine Arbeit“.

Sozialabbau kann sich unter diesen Bedingungen glänzend legitimieren. Es soll kein Recht auf Faulheit geben.

Der moralische Druck geht so weit, dass immer mehr Zwangsmaßnahmen gegen diejenigen gerichtet werden, die nicht (in Lohnarbeit) arbeiten können (weil sie keinen Arbeitsplatz finden) oder die nicht wollen, weil sie der Meinung sind, andere Dinge seien für sie selbst oder für die Gesellschaft wichtiger, als vielfach sinnlose Erwerbsarbeit oder auch nur überflüssige Qualifizierungsschleifen und „Motivationsstrainings“.

Jeder ist seines Glückes Schmied

Mit einer (neo)liberalen Politik geht die Vorstellung einher, jeder sei selbst seines Glückes Schmied. Ungeachtet der tatsächlichen Lebensrealität der Einzelnen und den extrem unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, wird behauptet, dass jeder Einzelne selbst verantwortlich sei für seine soziale Absicherung, für

Krankenversicherung oder Rente. Freiheit ist in diesem Verständnis zwar vor allem die Freiheit, den Finanzdienstleister, der die privaten Versicherungspakete anbietet, selbst zu wählen, gleichwohl entfaltet diese Ideologie ihre Wirkung:

Armut, Erwerbslosigkeit und soziales Elend werden den einzelnen Individuen zugeschoben. Gesellschaftliche Phänomene werden in den Verantwortungsbereich des Einzelnen verlagert, während sich der Staat und mit ihm die Gesellschaft immer weiter aus ihrer Verantwortung zurückziehen.

Mit dem fragwürdigen Argument einer „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen und einer veränderten demographischen Entwicklung (immer mehr Rentner kommen auf immer weniger Beitragszahler) wird soziale Sicherung im Gesundheits- und Rentenwesen Stück für Stück privatisiert. Die Einführung der Riester Rente im Jahr 2001 signalisierte: Langfristig wird es keine existenzsichernde staatlich organisierte Alterssicherung mehr geben.

Der Trend zu einer noch stärkeren Privatisierung unter dem beschönigenden Label von mehr „Eigenverantwortlichkeit“ bedeutet, dass eine ausreichende soziale Absicherung nur mit einem entsprechend hohen Arbeitseinkommen gewährleistet werden kann. Neben der sozialen Sicherung betrifft das zunehmend auch den Bildungsbereich, der auf eine enge berufliche Qualifizierung zurechtgeschnitten und in vielen Bereichen stärker privatisiert werden soll.

Hierdurch wächst der Druck auf Menschen, ihre Arbeitskraft zu fast allen Bedingungen zu verkaufen. Denn kein oder ein geringes Arbeitseinkommen bedeutet für viele einen Verzicht auf wichtige medizini-

sche Leistungen, Einschnitte bei Aus- und Weiterbildung oder Altersarmut.

Fördern und Fordern

Zuckerbrot und Peitsche, das ist die Logik unserer Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Nur dass das Brot reichlich hart ausfällt und der Zucker Karies verursacht. Der Slogan „Fördern und Fordern“ steht für eine Politik der Zwangsmaßnahmen, mit der die Krise der Arbeitsgesellschaft auf dem Rücken von Erwerbslosen und ArbeitnehmerInnen ausgetragen wird.

Unter dem Dogma „Arbeit für alle“ konnten in den letzten Jahren weitreichende Veränderungen innerhalb der Arbeitsmarktpolitik von oben durchgesetzt werden. Fast alle beinhalten, dass die Rechte von ArbeitnehmerInnen eingeschränkt werden, dass Löhne gesenkt werden können und die Kriterien, wann eine Arbeit zumutbar ist, gelockert wurden. Das führt zu dem Ergebnis, dass ArbeitnehmerInnen immer anpassungsfähiger und flexibler werden sollen.

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Arbeitslosigkeit sind Umstrukturierungen, die eine bessere Verwertungsmöglichkeit der Arbeitskraft für Unternehmen ermöglichen, leichter durchzusetzen. Während die Gewinne von Unternehmen steigen, sollen ArbeitnehmerInnen zu immer schlechteren Bedingungen arbeiten. Einstige Errungenschaften wie feste Arbeitszeiten, Kündigungsschutz und tarifliche Entlohnung werden Stück für Stück unterlaufen.

Alternativen

Entgegen aller aktuellen Politik gibt es jedoch eine immer größer und bedeutender werdende Debatte um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft: Die Erkenntnis, dass die Krisen nicht durch ein Festhalten an der jetzigen Form unserer Arbeitsgesellschaft gelöst werden können, verbreitet sich stetig.

Als Beispiele seien die Vorschläge zu einer bedingungslosen Grundsicherung genannt: Ein Existenzgeld, das im Gegensatz zur Sozialhilfe hoch genug ist, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen, und das allen Menschen bedingungslos zugestanden wird, die nicht über andere Einkommen verfügen. Auf internationaler Ebene wird dieses Modell seit Jahren von einigen WissenschaftlerInnen und AktivistInnen diskutiert, um es als weltweite Forderung zu erheben und durchzusetzen. Dies hätte unter anderem den Vorteil, dass ein solches Existenzgeld nicht an eine bestimmte Staatsbürgerschaft gekoppelt wäre.

Ein solches Existenzgeld hätte zur Folge, dass Menschen nicht gezwungen wären, unter allen Bedingungen eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Es würde das Recht auf freie Berufswahl genauso verwirklichen wie das auf ein menschenwürdiges Leben – unabhängig von der Lage am Arbeitsmarkt. Darüber hinaus, so die Befürworter eines Existenzgeldes, würde es die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die Gesellschaft über die zukünftige Gestaltung der Arbeitsverhältnisse verständigen kann. Es



würde bei einer „Wiederaneignung der Zeit“ ebenso helfen, wie beim Erschließen neuer Tätigkeitsfelder – abseits von ökonomischen Zwängen.

Arbeitszeitverkürzungen und andere ausgleichende Arbeitszeitmodelle (z. B. Sabbatjahr) sind eine Möglichkeit bei steigender Produktivität die Erwerbsarbeit auf mehr Menschen zu verteilen. Neben einem Abbau von Erwerbslosigkeit würde auch dies mehr Zeit für andere Tätigkeiten, für Muße, für soziale und politische Beteiligung lassen. Obwohl diese Modelle sehr einleuchtend und realistisch sind, muss jede Arbeitszeitverkürzung aufs neue erstritten werden – womit sich die Frage stellt, warum diese Gesellschaft die Verteilung der notwendigen Arbeit nicht vernünftig organisieren kann.

So unterschiedlich die verschiedenen Vorschläge sind: Sie alle müssen auf eine Verständigung darüber abzielen, in welcher Form die Arbeit in unserer Gesellschaft gestaltet und unter welchen Bedingungen sie ausgeübt werden soll.

(Zum Weiterlesen: ✱ ARBEITSPAPIER – *Dynamisch, flexibel und verwertbar – die perfekte Erziehung des Lohnarbeiters*. SEITE 385)

Literaturtipps und Infos:

Informationen zu, Existenzgeld: www.existenzgeld.de

André Gortz (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt a. M.

Guillaume Paoli (Hg.) (2002): *Mehr Zuckerbrot, weniger Peitsche. Aufrufe, Manifeste und Faulheitspapiere der Glücklichen Arbeitslosen*, Berlin.



Fragen:

- Bis in die 70er Jahre hinein gab es in Westdeutschland nahezu Vollbeschäftigung. Was hat sich seitdem verändert? Wie war die Situation in Ostdeutschland nach 1990?
- Was ist dran am Argument, Arbeit sei „zu teuer“, und deshalb würden keine neuen Arbeitsplätze entstehen? Mit welchem Vergleichsmaßstab wird dabei argumentiert?
- Die Produktivität und somit die Menge der produzierten Güter steigt kontinuierlich. Wieso wird trotzdem argumentiert, dass Sozialleistungen nicht mehr bezahlbar sind und daher gekürzt werden müssen?
- Wie realistisch schätzt ihr die Forderung nach *Vollbeschäftigung* ein?
- Ist eine *Vollbeschäftigung* wünschenswert?



Wo möchten Sie später sitzen? Hier mit privater Vorsorge. – Oder hier ohne private Vorsorge.
Schaufensterdekoration des Finanzdienstleisters EntriumCity in Dresden.